

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XX/58

Bonn, den 25. März 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<p><u>Um Deutschlands Glaubwürdigkeit</u> Manipulationen einer hilflosen Regierung Von Fritz Säger, MdB</p>	80
3	<p><u>SPD-Abgeordnete intervenierten</u> Bonn und der deutsche Eisenerz-Bergbau</p>	40
4	<p><u>Skandinavische Entwicklungshilfe</u> Wenig Lärm, aber große Wirkung Anerkennung von allen Seiten</p>	39
5	<p><u>Neue Spannungen auf Zypern</u> Ursachen und Hintergründe Von Dr. Basil P. Mathiopoulos, Athen</p>	48

+ * +

Um Deutschlands Glaubwürdigkeit

Manipulationen einer hilflosen Regierung

Von Fritz Sänger, MdB

Ohne Umschweife, klar und eindeutig hat die Bundesregierung durch den zuständigen Bundesminister des Innern in der 173. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. März 1965 ihre Auffassung dargelegt, dass es durchaus zulässig sei, Institutionen der Nachrichtengebung und der Meinungsbildung in Staatshand zu überführen und vom Staate her zu leiten, und dass dies keine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Nachrichtengebung und Meinungsbildung sei. "Ich bin der Meinung", sagte Bundesinnenminister Hoecherl, "dass sich ein öffentlicher Eigentümer genauso objektiv verhalten kann wie ein privater".

Wir wollen hier nicht in eine Auseinandersetzung über die Potenz des Staates im allgemeinen und die Methoden einer in Deutschland wirkenden Zentralregierung im besonderen eintreten. Darüber wird noch etwas zu sagen sein. Zwischen Theorie und Praxis würde ein breiter Abgrund klaffen. Die Berichterstattung der soeben erst in die volle Verfügungsgewalt des Bundes übergegangene Deutschen Wochenschau hatte os zur selben Zeit bezuagt, als sie gleich in zwei aufeinanderfolgenden Ausgaben einseitig und tendenziös informierte.

Widersprechende Ministeraussagen

In einem Augenblick, in dem nun schon der dritte bisher in öffentlicher Hand befindliche Betrieb privatisiert wird, unternimmt es die Bundesregierung, Publikationsmittel zu verstaatlichen. Wenn das aus Gründen der Sicherung der Produktionsleistung vorübergehend geschieht, zu dem Zwecke also, möglichst bald eine gesunde Grundlage für die Fortsetzung unabhängiger publizistischer Arbeit schaffen zu helfen, so könnte man das zur äussersten Not noch verstehen. In dem Falle der Deutschen Wochenschau GmbH hatte der Bundesschatzminister kurz vor der Äusserung des Bundesinnenministers auch ausdrücklich und ohne Einschränkung erklärt, er beabsichtige n i c h t, die Anteile beim Bund zu behalten, die er gerade eingehandelt hatte (übrigens zu einem "Liebhaberpreis", der weit ü b e r dem Marktwert lag!), sondern wolle sie an Unternehmer und Gewerkschaften, auch an die Besitzer der Filmtheater, wenn diese interessiert seien, wieder abgeben.

- * Diese Erklärung des einen Bundesministers steht mithin der
- * des anderen gegenüber - ein Beispiel mehr für die "gute Zusammen-
- * arbeit" in der Regierung Erhard und für eine "sinn-
- * volle Verwendung der öffentlichen Gelder". Der Bundesinnen-
- * minister, mit Urinstinkt für Macht ausgestattet, liess sich
- * nicht beirren: als e r gefragt wurde, ob er die Anteilwic-
- * der abzugeben bereit sei, antwortete er kurz: NEIN!

Der Minister, der etwas ausserhalb der Legalität geschehen

liesse und gar noch zu rechtfertigen versuchte, der einen nur gering entwickelten Sinn für die ungeschriebene Gesetzmäßigkeit einer demokratischen Grundordnung hat, nach der er damals bereits hätte zurücktreten müssen, am Tage des Ausspruches jenes unseligen Geständnisses eigener Unzulänglichkeit, dieser Minister will das Publikationsmittel Wochenschau nicht nur erwerben, er will es besitzen und behalten. Das konnte gelingen. Die Inbesitznahme von Rundfunkanstalten und Fernsehsendungen gelang noch nicht. Die Versuche werden fortgesetzt werden.

Anonyme Anzeigen

Aber das sind nicht die einzigen Publikationsmittel. Es gibt Zeitungen, Agenturen, Korrespondenzbüros, und es gibt mannigfache technische Einrichtungen, mit deren Hilfe man Einfluss nehmen kann und Einfluss zu nehmen gewillt ist.

Seit einiger Zeit erscheinen in kleinen und mittleren deutschen Zeitungen Seiten, die einander schon im äusseren Bild so ähnlich sehen und darin so sehr vom Bild der anderen Seiten der gleichen Zeitung abweichen, dass sie unschwer als fremdes Machwerk erkennbar sind: Matrosseiten nennt sich der Presseemann. Ob es zweckbestimmte Inserate sind oder wirklich freigestaltete Texte, das sollte die Verleger und alle die interessieren, die darüber zu wachen haben, dass die Trennung zwischen freier Meinung und bezahlter Aussage, die eine Anzeige wäre, gewahrt bleibt.

- * Weder wird ein verantwortlicher Redakteur genannt, noch der
- * Hersteller solcher Seiten. Natürlich, sie werden nicht im
- * Bundespresseamt hergestellt. Dafür gibt es seit Jahren tä-
- * tige Unternehmen, deren Tarnnamen sie vor allzu öffentlicher
- * Beziehung schützt. Da aber auch die Fonds der Bundesregie-
- * rung vor Einsichtnahme geschützt sind, aus denen die Steuer-
- * mittel für solche Propagandaaktionen fliessen, glaubt man
- * höheren Ortes, niemand könne erfahren, was geschieht.

Zur Zeit kann man indessen in Bonn erfahren, dass der Hunger der Bundesregierung nach Herrschaft über Nachrichteninstitute und Quellen der Meinungsbildung abermals ungewöhnlich zu sein scheint. Das ist ein bisschen spät für die Beeinflussung einer Wählerschaft, die nun nahezu handgreiflich vor Augen geführt bekam, wie unfähig und phantasielos eine Regierung zwischen alle Stühle geraten kann. Ihr können auch Manipulationen nicht mehr helfen.

* * *

Wir möchten warnen: die Glaubwürdigkeit deutscher Aussagen und Nachrichten hängt, im Ausland noch mehr als im Inland, von der anerkannten und praktizierten Unabhängigkeit dessen ab, der sie mitteilt. Die Bundesrepublik Deutschland kann das hohe Gut freier Nachrichten nur e i n m a l verspielen - für immer!

* * *

SPD-Abgeordnete intervenierten

Bonn und der deutsche Eisenerz-Bergbau

ep - Dank der Initiative der IG-Bergbau und Energie gelang es in jüngster Zeit, dem deutschen Eisenerzbergbau auch in Bonn Gehör zu verschaffen. Dem persönlichen Einsatz des Bergarbeitervorsitzenden Walter A r e n d t, MdB, und seines Kollegen Hans H ö r m a n n, MdB, (beide SPD) war es in erster Linie zu verdanken, dass der Bundestag die Befreiung des Inlandserzes von der Beförderungssteuer beim Transport auf der Schiene beschloss.

"Warum hat sich aber bisher der Arbeitgeberverband für den westdeutschen Eisenerzbergbau in eigener Sache noch nicht zu Wort gemeldet?". Diese konkrete Frage knüpfte jetzt der Bundestagsabgeordnete für das grösste deutsche Eisenerzrevier im niedersächsischen Salzgitter, Hans-Jürgen J u n g h a n s (SPD), an den kürzlich in Bonn gemachten Vorstoß aus den Reihen der Opposition.

Er bezieht sich dabei vor allem auf die Antwort der Bundesregierung zu der kürzlich von dem Abgeordneten Hörmann gestellten Anfrage, was man in Bonn zur Förderung des deutschen Eisenerzbergbaues zu tun gedenke. Nach Auffassung der Bundesregierung - so war der Antwort zu entnehmen - bestehen keine volkswirtschaftlichen Bedenken gegen die Stilllegung von Gruben mit "hoffnungslos zu hohen Förderkosten."

Junghans hierzu: "Es ist doch wahrhaftig ein hoffnungsloser, falscher Schluss, wenn man gegen die Stilllegung von Erzgruben in summarischer Folge keine volkswirtschaftlichen Bedenken erhebt, ohne die wirklichen Symptome untersucht zu haben, warum die Förderkosten des Inlandserzes gegenüber dem Auslandserz nicht mehr konkurrenzfähig sein können!"

Eine weitere Folgerung des Abgeordneten aus Salzgitter richtet sich in diesem Zusammenhang an die Adresse des zuständigen Arbeitgeberverbandes: "Von dieser Seite müssten endlich einmal konkrete Unterlagen und Vorschläge mit dem Ziel vorgelegt werden, w a r u m noch immer hüttengebundene Eisenerzgruben den Preis nicht mehr halten können und wie es überhaupt zu der Misere beim Inlandserz kam!"

Bezeichnet man auch in Unternehmensleitungen des westdeutschen Eisenerzbergbaues die von der Bundesregierung eingenommene Haltung gegenüber dem Inlandserz als höchst fragwürdig, ja z.T. sogar für die Volkswirtschaft als sehr gefährlich, missbilligte man auch schon des öfteren die geübte Zurückhaltung ihres Unternehmensverbandes.

Von Unternehmungen würde es im übrigen vielfach begrüsst, wenn der Arbeitgeberverband in "Sachen Eisenerzbergbau" mit der IG-Bergbau und Energie an einem Strick ziehen würde, statt der Gewerkschaft den Kampf um die Erhaltung noch immer lukrativer Gruben allein zu überlassen.

Skandinavische Entwicklungshilfe

Wenig Lärm, aber grosse Wirkung

Anerkennung von allen Seiten

sp - Die skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen, in denen die Sozialdemokraten die Hauptregierungspartei stellen, haben die Entwicklungshilfe ohne viel Aufsehen mit grosser Selbstverständlichkeit angepackt. Bemerkenswert ist, dass diese Staaten grundsätzlich keine Waffen liefern. Sie schalten sich nur in internationale Konflikte ein, die von den Vereinten Nationen getragen werden und der Befriedung dienen. Das Prinzip der Regierungen in Oslo, Stockholm und Kopenhagen ist: "Wir wollen internationale Konflikte s c h l i c h t e n helfen. Wir wollen ferner helfen, den Hunger in der Welt zu beseitigen."

NORWEGEN

Die norwegische Regierung hat bereits 1962 ein besonderes Steuergesetz eingeführt. Danach fliessen 0,2 Prozent des Einkommens eines jeden Norwegers in einen besonderen Staatsfonds, der ausschliesslich zur Finanzierung der Entwicklungshilfe bestimmt ist. Dabei leistet Norwegen seinen Beitrag überwiegend an die Vereinten Nationen. Von hier aus werden die Gelder in die grossen Hungergebiete gelenkt. Man weist die Entwicklungsländer in die geordnete Ackerwirtschaft ein und hilft ihnen beim Bau von Bewässerungsanlagen. Dort, wo der Hunger so gross ist, dass die Landwirtschaft aus eigener Kraft nicht forciert werden kann, wird zuerst mit Lebensmitteln geholfen. Daneben hat Norwegen technische Hilfe für friedliche Projekte in Indien, Tanganjika, Algerien und Südkorea gefördert. Seit 1963 gibt es in Norwegen ein Friedenskorps, dessen Angehörige jetzt in Uganda tätig sind.

SCHWEDEN

Das Entwicklungshilfe-Gesetz in Schweden besteht bereits seit 1962. Die Abgaben für diese Hilfe steigern sich progressiv bis auf ein Prozent des schwedischen Brutto-Sozialprodukts. Allein 1963 wurden in Schweden, das nur 7,5 Millionen Einwohner hat, 120 Millionen DM für gezielte Entwicklungsprojekte ausgegeben. Davon stellten die Schweden allein 80 Millionen DM für die armen Staaten in Lateinamerika bereit. Übrigens wird im Nordischen Rat der skandinavischen Staaten die Entwicklungshilfe so koordiniert, dass jedes der drei Länder seine besonderen Schwerpunkte hat.

DÄNEMARK

In Dänemark gibt es seit 1962 zwei Entwicklungsfonds. 14,5 Millionen Dollar wurden schon im ersten Jahr für bilaterale Anleihen bereitgestellt. 21,8 Millionen Dollar wurden für langfristige Exportkredite ausgegeben. Keines der Empfänger-Länder hat Dänemark bisher vorgehalten, es wende einen "Wucherzins" an. Die dänischen Kreditkonditionen liegen u n t e r denen des Ostblocks. Dabei wurde beispielsweise mit Indien vereinbart, dass es seine Entwicklungshilfe-Mittel, mit denen es dänische Güter gekauft hat, in indischer Währung zurückzahlen kann.

Neue Spannungen auf Zypern

Ursachen und Hintergründe

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos, Athen

Nach einer Entspannung, die Monate lang dauerte, scheint sich nun auf Zypern wieder eine Situation zu entwickeln, die unter Umständen zu Komplikationen führen könnte. Die Türkei kündigte aufs neue eine Invasion auf der Insel an. Dies führte in Athen zu wichtigen Gesprächen zwischen dem Regierungschef Papandreu und General Grivas, der den Oberbefehl der zypriotischen Streitkräfte innehat, während der griechische Verteidigungsminister mit der zypriotischen Regierung verhandelte.

In Athen herrscht Ruhe und Zuversicht, genau wie in den kritischen Tagen des August 1964. Politische Beobachter in Griechenland erklären die neue Situation mit der Rückendeckung, die Ankara in jüngster Zeit durch seine Annäherung an die Sowjetunion erhalten hat. Wie bekannt, besuchte der damalige türkische Außenminister Erkin im Herbst vorigen Jahres Moskau und erreichte bei seinen dortigen Verhandlungen eine Erklärung zur Zypernfrage, die besagt, dass auf der Insel "zwei Gemeinschaften leben". (Bisher hatte der Kreml in der Zypernfrage versucht, eine möglichst freundliche Haltung gegenüber der zypriotischen Regierung von Erzbischof Makarios einzunehmen.) Auf türkischer Seite wurden diese Annäherungsversuche beifällig honoriert und blieben nicht ohne Entgegenkommen. Sehr beachtet wurde ein Interview des türkischen Verteidigungsministers İlhami Sancar in der italienischen Zeitschrift "L'Espresso" vom 11. Februar. Hierin kündigte er an, dass die Türkei einerseits gegen die MLF eingestellt sei und andererseits gegen den amerikanischen Plan, Atomminen längs der sowjetischen - türkischen Grenze zu legen. Der türkische Minister betonte auch, dass er gegen eine Reduzierung der konventionellen Waffen sei.

Die Erklärungen Gromykos haben zu kühlen Reaktionen in der griechischen Öffentlichkeit geführt. Der sowjetische Ministerpräsident lud nun, um sich ein "Gleichgewicht" zu verschaffen, den griechischen Regierungschef nach Moskau ein. Papandreu hat zwar die Einladung angenommen, aber er beeilte sich nicht, wie die türkischen Staatsmänner, nach der Sowjetunion zu reisen, sondern erklärte, dass eine solche Reise diplomatisch gut vorbereitet sein sollte und er sich den genauen Zeitplan des Besuches vorbehalten wolle. Darauf fand Moskau den Moment günstig, Luftabwehrraketen, die zwischen Zypern und der Sowjetunion bei einem früheren bilateralen Abkommen zur Lieferung an Nikosia vorgesehen waren, jetzt nach Zypern zu schicken. Dies wiederum schwor eine türkische Antwort herauf, die zu der aktuellen Verschärfung der Lage beitrug.

Gleichzeitig jedoch verlangte der türkische Ministerpräsident in einem Interview neue Konsultationen zwischen Athen und Ankara über die Zukunft Zyperns. Der griechische Ministerpräsident antwortete, dass der Vermittler der UNO für die Zypernfrage, der südamerikanische Staatsmann Plaza, seinen Bericht dem Generalsekretär U Thant noch nicht überreicht habe. Die griechische Regierung verfolge nach wie vor eine Politik des friedlichen Zusammenlebens in Zypern und warte auf die Entscheidung der Weltorganisation. - Experten des Zypernkonflikts sind einig in der Überzeugung, dass die augenblickliche Spannung vorübergehender Natur ist und der Friede im östlichen Mittelmeerraum erhalten bleiben wird.